

# Wie im Krieg

Nikos Kaligeros (Grundschullehrergewerkschaft DOE) beschreibt die zerstörerischen Folgen der griechischen Sparpolitik

(Mitschrift eines Rede-beitrages, GEW-Gesamtschultag, Kassel)

Offiziell sind 28 Prozent der griechischen Bevölkerung erwerbslos, inoffiziell wahrscheinlich 31 Prozent. Als Unterstützung gibt es 300 Euro pro Monat für 12 Monate, danach nichts mehr, auch keine Sozialversicherungen. Die Arbeitslosenrate bei Jugendlichen beträgt 60 Prozent.

Die ökonomischen Angriffe haben Auswirkungen wie ein Krieg, in vier Jahren Sparpolitik wurden die Errungenschaften von Jahrzehnten zerstört. Wir sehen unterernährte Kinder, Rentner\_innen ohne Medikamente. Inzwischen sind drei Millionen

Menschen ohne Sozialversicherung, Tausende ohne Wasser oder Strom, die Zahl der Selbstmorde steigt.

## Kahlschlag im Bildungswesen

Die Bildungsausgaben, heute noch 2,5 Prozent des BIP, wurden um 36 Prozent gekürzt, bis 2016 sollen sie um 50 Prozent gekürzt werden auf 2,1 Prozent des BIP. Gestrichen werden Fördermaßnahmen, Büchereien, ganze Schulen werden geschlossen. Im Primarschulbereich (Klasse 1-6) und dem Bereich der Sekundarstufe I (Klasse 7-9)

wurden 2000 Schulen geschlossen und 10.000 Lehrer\_innen entlassen. Im Bereich der Sekundarstufe II (Klasse 10-12) wurden 30.000 Kolleg\_innen ge feuert. Für 13.500 Lehrer\_innen, die in den Ruhestand gingen, wurden 250 neu eingestellt.

Im Berufsschulbereich wurden 2.000 Lehrer\_innen entlassen, 100 Berufsschulen dicht gemacht und bestimmte Berufsfachrichtungen geschlossen. Einen Tag nach der Schließung der Berufsfachrichtungen verkündete der Bildungsminister die Eröffnung von Privatschulen mit der gleichen Fachrichtung.

Die Kürzung der Löhne und Gehälter betrug zwischen minus 22 Prozent bis minus 45 Prozent. Ein neu eingestellte/r Lehrer\_in, der/die früher 1070 Euro brutto bekam, bekommt jetzt 640 Euro. Ein neues Gesetz sieht vor, die Löhne auf 580 Euro brutto zu senken, das entspricht 400 Euro netto und damit dem gesetzlichen Mindestlohn der Privat-



Grenzen überwinden. Bernd Landsiedel (GEW Kassel) stattet Vassia Kaligeros und Nikos Kaligeros mit roter Mütze aus.

wirtschaft. Das Verhältnis der fest angestellten zu den befristeten Lehrer\_innen beträgt 80:20. Die befristeten bleiben während der mehr als zwei Monate langen Sommerferien ohne Bezahlung.

Die Arbeitszeit in der Sekundarstufe II wurde um zwei Stunden verlängert. Dadurch überflüssig gewordene Kolleg\_innen wurden in die anderen Schulstufen versetzt, z.T. 400 km entfernt. In der Sekundarstufe I müssen die Klassen eine Größe von mindestens 30 Schüler\_innen haben, in der Primarstufe von mindestens 25.

### Klima der Angst

Die Leistungen der Schüler\_innen im Examen haben eine direkte Auswirkung auf Gehalt und Laufbahn der sie unterrichtenden Lehrer\_innen. Es entsteht ein Klima der Angst und Unsicherheit, jeder gegen jeden. Nach einem neuen Gesetz wurden im Jahrgang 11 Prüfungen durchgeführt, bei denen 30 Prozent durchfielen. Einen Skandal gab es bei Prüfungen im Berufsschulbereich. Für den Montag wurden Prüfungen in Mathematik angekündigt, tatsächlich wurde an den privaten Schulen an diesem Montag aber Religion oder ähnliches geprüft. Mathematik dann am darauf folgenden Tag, so dass die Schüler die Prüfungsthemen kannten. Trotz der öffentlichen Empörung zeigte sich das Bildungsministerium stur und zog keine Konsequenzen. Für die durch die Prüfungen gefallenen Berufsschüler bleiben unbezahlte Praktika ohne Sozialversicherung. Für die so schlecht qualifizierten jungen Menschen gibt es keinen Bedarf in Griechenland. Viele werden ins Ausland gehen, beispielsweise nach Deutschland.

### Gewerkschaften unerwünscht

Das Bildungssystem wird mehr und mehr zu einem Selektionsinstrument, bei dem die sozial Schwachen und besonders die



Fehler werden wohl im System gesehen

Migrantenkinder auf der Strecke bleiben. Die Vermittlung von Werten durch Vorbilder funktioniert nicht mehr. Ein Gesetz mit dem Titel „Neue Schule“ sieht Bildung ausschließlich als Ware und die Schüler als Kunden. Die soziale Ungerechtigkeit wächst, die staatlichen Schulen werden ruiniert und die Lehrer terrorisiert. Wenn die Beschäftigten versuchen sich durch Demonstrationen oder Streiks zu wehren, erfolgen harte Repressionsmaßnahmen.

Es wird bereits über die Abschaffung des Streikrechts diskutiert. Verschiedene Streiks im öffentlichen Sektor und Transportbereich wurden bereits durch Verordnungen aus der Zeit der Obristendiktatur verboten. Nun ist geplant, Streiks und begleitende Demonstrationen nur noch zu gestatten, wenn alle Gewerkschaften gemeinsam aufrufen. Früher saßen die Gewerkschaften am Verhandlungstisch, heute werden sie als ungeliebte Außenseiter von der Regierung und der Troika regelrecht gejagt, mit dem Ziel sie zu zerstören und danach die dann vollkommen schutzlosen Arbeiter\_innen nach Belieben unter Druck zu setzen.

Auch dadurch wächst die Gefahr durch die Faschisten der Goldenen Morgendämmerung, Chrysi Avgi, die das Klima von Angst und Unsicherheit ausnut-

zen und versuchen, die gedemütigten Erwerbslosen auf ihre Seite zu ziehen und jene Schichten, die Angst vor dem sozialen Abstieg haben.

### Widerstand europaweit

Die Entscheidungen über das Schicksal Griechenlands fallen in der Mitte und im Norden Europas. Griechenland wird zu einem Modell für eine „neue Sparpolitik“ in ganz Europa. Die Führung der EU greift die sozialen und politischen Rechte der Beschäftigten an: Das reicht vom Kündigungsschutz über das Streikrecht bis zur Aushebelung demokratischer Institutionen. Die Führungen der europäischen Gewerkschaften wehren sich nur gegen Einzelheiten der Maßnahmen, nicht gegen das neoliberale Gesamtkonzept. Notwendig ist ein europaweiter Austausch von Erfahrungen, eine Koordinierung und Zusammenarbeit gegen die barbarischen „Reformen“. Wir müssen gemeinsam kämpfen für ein europäisches Streikrecht und europaweite Tarifverhandlungen. Es handelt sich um gemeinsame Probleme, die einen gemeinsamen Kampf erfordern, weil es auf Dauer keine Inseln im Meer der Barbarei und der Verelendung geben kann.

NIKOS KALIGEROS